

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig, des Polizeipräsidenten Leipzig und des Stadtrats zu Großsch.

**Bezugspreis** mit illustrierter Beilage Volk und Zeit für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mark, für Selbstabholer 1.90 Mark. — Durch die Post bezogen 2.— Mark ohne Beleggeld. — Die Einzelnummer kostet 20 Pfg. Telefon Sammelnummer 72206 — **Postfachkonto Leipzig Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 72206. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72206

**Inseratenpreise:** Die 10. Spalte, Kolonelle 35 Pfg., bei Blankvorschrift 40 Pfg. Stellenangebote 10 Pfg. Kolonelle 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10 Pfg. Kolonelle mit 50% Nachschlag. Reklamepreise 2 Mk. Inserate v. answ. die 10. Spalte, Kolonelle 40 Pfg. bei Blankvorschrift 50 Pfg., Reklamepreise 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

## Finanzvorlage und Locarno.

### Vor der Entscheidung des Senats.

SPD. Paris, 23. Februar.

Der von dem Senator Chéron erstattete Bericht der Finanzkommission des Senats über die Finanzvorlage ist am Dienstagvormittag zur Verteilung gelangt. Die Diskussion im Plenum wird am Mittwochvormittag beginnen, und nach den Beschüssen der verschiedenen Parteien ist es nicht mehr zweifelhaft, daß der Senat die Gesamtheit der von der Kommission vorgeschlagenen neuen Steuern nach der Fassung der Regierungsvorlage annehmen wird. Die Diskussion dürfte kaum mehr als 2-3 Tage in Anspruch nehmen, so daß die Vorlage spätestens am Freitag oder Sonnabend wieder vor die Kammer gelangen wird. Der weitaus größte Teil der Radikalsocialisten, der nach vor einer Woche auf schärfste gegen die von dem Senat mit der Wiederaufnahme der von der Kammer abgelehnten Maßnahmen begangenen Verletzungen der Verfassung protestiert hat, ist wieder einmal umgefallen und bereit, sich dem Diktat der Ersten Kammer zu beugen. Mit ihnen wird aller Voraussicht nach auch ein Teil der Opposition für die in der vergangenen Woche abgelehnten Steuern stimmen. Als Bedingung dafür hat der Führer der Rechten, der ehemalige Kriegsminister Maginot, in einer am Sonntag gehaltenen Rede von Briand den endgültigen Bruch mit den Sozialisten gefordert, die ihrerseits fast zur gleichen Stunde durch den Mund des Generalsekretärs der Partei, des Abgeordneten Faure, die Erklärung abgegeben haben, daß sie nach dem neuen Umfall der bürgerlichen Linken das Kartell als tot betrachteten und demgemäß in die Opposition zurückkehren würden.

Das Kabinett Briand wird unter diesen Umständen auch in der Kammer eine ausreichende Mehrheit hinter sich haben.

Die Debatte über die Verträge von Locarno soll in der französischen Kammer, gemäß dem Wunsch des Ministerpräsidenten, am Freitag beginnen, damit der Senat ebenfalls noch vor dem 8. März Stellung nehmen kann. Bisher haben sich etwa acht Redner zur Debatte eingetragen. Für die sozialistische Fraktion soll Blum intervenieren. Dagegen dürfte der neu gewählte Abgeordnete von Belfort, André Tardieu, von dem man allgemein erwartet, daß er als enger Mitarbeiter von Clemenceau die Gelegenheit zu einer großen Rede gegen die Außenpolitik Briands benutzen

werde, an der Debatte nicht teilnehmen. In Wirklichkeit hält es Tardieu wohl faktisch in keinem persönlichen Interesse nicht für klug, sich schon bei seinem ersten Auftreten eine Niederlage zu holen, da er sich klar darüber ist, daß in der Kammer eine starke Mehrheit für Locarno vorhanden ist. Die Annahme des von Paul Boncour verfaßten Berichts in der Kommission für die auswärtigen Angelegenheiten mit etwa 25 Stimmen gegen 4 reaktionäre Stimmen dürfte in dieser Hinsicht charakteristisch sein.

Der Bericht Paul Boncours wird am Mittwoch zur Verteilung gelangen.

Abschließend wird darin gesagt, von welchem Standpunkt aus man die glücklichen Ergebnisse der Konferenz von Locarno prüfe, immer festzustellen sei, daß die dort angenommenen Verträge als Teilverwirklichung des Genfer Protokolls im Geiste dieses Protokolls zur Anwendung gebracht werden müßten. Auf den Vorbeeren von Locarno sich nun ausruhen zu wollen, wäre gefährlich. Es gelte, das Friedenswerk immer mehr zu vervollkommen, zumal die Verträge von Locarno kein Ende, sondern einen Anfang bedeuteten. Die Kommission fordert die Kammer schließlich auf, die Verträge von Locarno zu ratifizieren, weil man sich damit auf den Weg gebe, an dessen Ende notwendigerweise die allgemeine Organisation des Friedens stehe.

SPD. London, 24. Februar. (Radio.)

Der englische Schatzkanzler teilt im Unterhaus mit, daß der französische Finanzminister, soweit es die parlamentarische Lage in Frankreich gestatte, nach London kommen werde, um eine Klärung des englisch-französischen Schuldenverhältnisses herbeizuführen. Man erwartet, daß die Reise Ende Februar erfolgt.

U. Paris, 24. Februar.

Die französische Heereskommission hielt gestern eine Sitzung ab, die zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der Rechtsparteien und des Kartells führte. Besprochen wurde die Einberufung der Referenten für 1926; die Painlevé schon zweimal von der Kammer verlangt hat. Die Mehrheit der Kommission sprach sich gegen die Einberufung aus; nur die Einberufung der Referentoffiziere wurde bewilligt.

### Zentrumsführer gegen den Volksentscheid.

SPD. Köln, 23. Februar.

Der erweiterte Ausschuss der Kölner Zentrumspartei, ein Gremium von etwa 250 Personen, nahm in einer sehr lebhaft verlaufenen Versammlung Stellung zur Fürstenabfindung. Reichs- und Landtagsabgeordnete des Zentrums wandten sich entschieden gegen den von Sozialdemokraten und Kommunisten geforderten Volksentscheid, da die Enteignung den „Rechtlichen Gelehen widerspreche“. Von Zentrumsarbeitern wurde gegen diese Auffassung lebhaft Einspruch erhoben. Jedoch blieben diese Redner, die sich zum Dolmetisch tanzender Kölner Zentrumsarbeiter machten, in einer hoffnungslosen Minderheit, weil der Ausschuss mit seinen siebenmal gestrichelten Vertretern kein objektives Bild der Meinung der Kölner Zentrumsanhänger darstellte. Nach längerer erregter Debatte wurde gegen die Stimmen der Opposition einer Entscheidung zugestimmt, in der zur Regelung der Fürstenabfindung ein Reichsgesetz gefordert wird, das sich aufbaut auf den Entscheidungen eines vom Reichstag eingesetzten Schiedsgerichts. Bereits früher getroffene Vereinbarungen zwischen den Ländern und den ehemaligen Fürstenthümern sollen der Nachprüfung und Entscheidung des Schiedsgerichts unterliegen.

Mit dieser Auffassung über die Fürstenabfindung hat sich die größte westdeutsche Organisation der Zentrumspartei in stärkster Gegensatz gesetzt zu den von der Westdeutschen Arbeiterzeitung, dem Organ der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, bisher verschiedenen Ansichten gestellt. Es ist kaum anzunehmen, daß die katholischen Arbeiter des Rheinlands sich bereit finden werden, dem Versuch, durch ein faules Kompromiß die Fürstenabfindung zu erledigen, zuzustimmen.

### Bayerische Bauern unterstützen das Volksbegehren.

Aus München wird dem SPD. gemeldet, daß die starke Anteilnahme der Bauern an der sozialdemokratischen Aktion für entschädigungslose Enteignung äußerst auffällig ist. An mehreren Orten zeigt sich, daß die Wähler des Bayerischen Bauernbundes, der im Reichstag durch seine Fraktionsgemeinschaft mit der Wirtschaftspartei verbunden ist, ihre alte demokratische Grundgesinnung nicht verleugnen und zusammen mit den ländlichen Arbeitern bei den Rundgebungen für das Volksbegehren mitwirken.

### Fürstendiener wider Willen.

Die deutschnationalen Abgeordneten im Rechtsausschuss des Reichstags sind eifrig bemüht, den deutschen Fürsten ungeheure Werte zu erhalten. In der Sitzung vom Dienstag beantragten sie, den Fürsten bisher unbestrittenes oder anerkanntes Privateigentum zu belassen. Die Wirkung der Annahme des Antrages wäre gewesen, daß ein Land bisher anerkanntes Eigentum, weil sie nach formalem Recht Eigentum begründeten, hätten respektiert

werden müssen, auch wenn sie auf einem Mißbrauch fürstlicher Gewalt beruhten. Die Herrschaften Platon-Krojanke, Schwedt, Wusterhausen, die Schmalldener Forsten, die deutsche Fürsten auf Kosten deutscher Länder sich in den Formen des Reiches, aber gleichwohl widerrechtlich, angeeignet haben, wären dann den Fürsten verblieben. Wie verhielten sich die Kommunisten gegenüber dem Antrag der Deutschnationalen auf die Talschen des Volkes? Sie enthielten sich, wie am Freitag bei dem Antrag der Deutschnationalen, die Auseinandersetzung mit den Fürsten dem Reichsgericht zu übertragen, der Bestimmung. Wenn Wilschm der Letzte noch Orden zu verleihen hätte, würden die Kommunisten Unartigkeit auf die Rettungsmöglichkeit haben, denn sie würden, wenn die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht auf dem Posten wären, mit den Deutschnationalen im Bunde das Fürstenermögen retten.

### Der Faschismus in Belgien.

#### Gegenwehr der Arbeiterschaft.

SPD. Brüssel, 23. Februar.

Die Reaktion in Belgien kann es nicht verschmerzen, daß die demokratisch-sozialistische Regierung seit am Ruder bleibt. Das ist die Erklärung dafür, daß in letzter Zeit der Faschismus in Belgien immer mehr auf sich greift. Täglich scheinen neue faschistische Organisationen aus dem Boden. Aber dabei handelt es sich stets um dieselbe Handvoll Personen. Neuerdings haben sie zur Gründung verschiedener Militärverbände gegriffen mit dem ausgesprochenen Zweck, unter Umständen die Macht an sich zu reißen. Das geschieht unter dem Beifall eines großen Teiles der bürgerlichen Presse.

Dieses Gebaren ist der Arbeiterpartei, die sich ihrer Macht bewußt ist, endlich zu bunt geworden. Am Dienstag wurde in einer gemeinsamen Vorstandssitzung der Partei und der Gewerkschaften beschlossen, eine mächtige Selbstschutzorganisation, wesentlich nach dem Muster des österreichischen Selbstschutzes, zur Verteidigung der demokratischen Freiheiten ins Leben zu rufen. Zunächst sollen 25 000 Mann aufgestellt werden, eingeteilt in 100 Hundertschaften und 9000 Mann zur besonderen Verwendung. Außerdem ist für den Bedarfsfall eine Generalmobilisierung von mehreren hunderttausend Mann vorgesehen. Dieser Selbstschutz wird unter fachkundiger Zentralleitung stehen.

### Vor dem Rücktritt Bratianus.

U. Bukarest, 23. Februar.

Ministerpräsident Bratianu hat dem König in einem Schreiben die Demission der Regierung mitgeteilt, es jedoch dem König überlassen, wann er das Demissionsgesuch veröffentlichten will. Man glaubt, daß die Regierung Anfang März zurücktreten wird.

Den besonderen Anlaß für diesen schon seit langem erwarteten Schritt gab der Ausfall der rumänischen Gemeindevahlen, die den Regierungsparteien eine erhebliche Niederlage brachten.

### Anfurbelung der Wirtschaft durch Kredite.

Der Reichskanzler Dr. Luther hat in einer jüngst im Haushaltsausschuss des Reichstages gehaltenen Rede angekündigt, die Reichsregierung würde sich daran machen, die festgefahrene Wirtschaft anzukurbeln. Die Anfurbelung sollte ein vom Reich der Reichsbahn-Gesellschaft einzuräumender Kredit von 100 Millionen Mark bewerkstelligen, der sie instandsetzen soll, notwendige Erneuerungsarbeiten in Angriff zu nehmen und bei der Industrie entsprechende Bestellungen zu machen. In erster Linie soll der Kredit für die Beschaffung von Oberbaumaterial und für Brückenkonstruktionen verwendet werden. Im Rahmen dieses Anfurbelungsprogramms liegt auch der Kredit von 300 Millionen Mark für Sowjetrußland, der ursprünglich von einem Bankenkonzern gegeben und für den das Reich in Gemeinschaft mit den Ländern eine Bürgschaft von 60 Proz. des Gesamtkredits übernehmen sollte. Wie gemeldet wird, sind die Verhandlungen zwischen Reichsbahn- und Reichsfinanzverwaltung wegen des 100-Millionen-Kredits zum Abschluß gekommen. Das Kreditabkommen mit Rußland scheint so gut wie fertig zu sein. In das Abkommen über den 300-Millionenkredit fällt der Kreditvertrag von 30 Millionen Mark, der zwischen der Sowjetrußland Otto Wolff in Köln und der Maschinen- und Bohrgerätfabrik Alfred Wirth & Co. K. a. M. und der Sowjetregierung bereits zustande gekommen ist. Der Kredit soll in erster Linie Lieferungen für die Installation der russischen Rappthainindustrie ermöglichen. Schon vor einigen Monaten war mit einem Bankenkonzern unter Führung der Deutschen Bank und gleichfalls unter Staatsgarantie ein Kreditabkommen mit Rußland über 100 Millionen Mark getroffen worden. Dieser Kredit konnte nicht voll ausgenutzt werden, weil die Banken allzu kurzfristige Rückzahlungsbedingungen gestellt hatten. Diesmal soll der Kredit vier Jahre laufen. Die Verhandlungen, die die Sowjetvertretung mit den Großbanken wegen des 300-Millionenkredits gepflogen hatten, waren ergebnislos verlaufen, weil die Banken die Kreditbedingungen der Banken als zu drückend angesehen hatten. In Stelle des ursprünglich geplanten Abkommens über den Gesamtkredit treten einzelne Kreditverträge mit den Lieferfirmen selbst, wie z. B. der bereits abgeschlossene Vertrag mit Otto Wolff. Das schließt natürlich nicht aus, daß auch bei den Einzelverträgen die Banken ihre Hand im Spiel haben. Die Einräumung des Kredites wird ermöglicht durch die augenblicklich bestehende außerordentliche Geldflüssigkeit, die eine Wirkung der Wirtschaftskrise ist. Die Frage ist nur, wie es kommt, daß die Banken plötzlich in der Lage sind, langfristige Kredite, die die deutschen Unternehmer nicht bekommen können, den Russen zuzugestehen. Der Grund liegt darin, daß sie langfristige Kredite nur dann gewähren, wenn sie das Risiko selbst zu tragen brauchen, wenn ihnen also der Staat die Sorge abnimmt, die eigentlich ihnen selbst zufallen müßte, die Sorge um die Sicherheit der von ihnen gewährten Kredite. Die Tatsache, daß sich die Kreditverhandlungen wegen allzu schwerer Kreditbedingungen zerlagten hatten, läßt darauf schließen, daß die Bedingungen auch jetzt, vielleicht nicht ganz so schwer, aber auch keineswegs leicht sein werden. Die vom Reich und den Ländern übernommene Garantie ermöglicht es also den Banken, aus der Arbeit der russischen Proletariat dauernd große Gewinne zu ziehen, die ihnen durch die Garantie des deutschen und des russischen Staates gesichert sind.

Das Schlagwort von der Anfurbelung der Wirtschaft ist nicht neu. Es stammt aus dem Jahre 1924. Im Frühjahr 1924 war es der Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der den erfolgreichen Versuch machte, den Eintritt der von ihm selbst jetzt als „Reinigungs- und Stabilisierungsphase“ bezeichneten Wirtschaftskrise durch eine Kreditinflation hinauszuschieben. Das Ergebnis war, daß die Warenpreise in ebenso riesigen Ausmaßen anstiegen wie die Warenpreise. Die Wirtschaft ist zwar mit Erfolg angekurbt worden, aber das hat nicht verhindert, daß sie später desto heftiger festgefahren ist. Daß sich das jetzt wiederholt, ist um so eher zu erwarten, als die Anfurbelung der Wirtschaft durch Kredite begleitet ist von einer Abstopfung der heimischen Kaufkraft durch den Versuch, die Betriebsstilllegungen auf der ganzen Linie zum Abbau der Löhne zu benutzen. Die mit Staatsgarantie ausgesetzten Kredite sollen also nur die Kaufkraftlücke ausfüllen, die durch den Lohnabbau aufgetrieben wird. Anfurbelung der Wirtschaft durch Kredite und Abstoppen der heimischen Kaufkraft durch Lohnabbau sind zwei Seiten einer Medaille. Schon aus diesem Grunde ist zu erwarten, daß es vielleicht gelingen kann, den festgefahrenen Wagen in Bewegung zu bringen, aber sicherlich nicht, ihn in dauernder Bewegung zu erhalten.

Die Sowjetregierung wird von der deutschen Unternehmenseidenschaft nicht nur als ein zuverlässiger Schuldner angesehen, man hält sie sogar, wie die oben geschilderte Kreditpraxis der Banken beweist, für zuverlässiger als die deutschen Privatunternehmer. Die Bolschewiki Zeitung spricht der Sowjetregierung in einer Betrachtung über den Rußlandkredit ein bemerkenswertes Lob aus. Sie schreibt:

Soweit man nach dem Verlaufe der letzten Jahre urteilen kann, hat die Sowjetregierung mit außerordentlicher Energie Ordnung in ein Chaos zu bringen gesucht. Nicht ohne Erfolg, der namentlich auf dem Gebiete der Währungsregulierung hervorzuheben ist. Indes auch im einzelnen haben sich die Russen bei allen Geschäften, die sie mit dem Auslande eingingen, einer